

[31. 1. 68]

VORLESUNGSFREIER TAG UND VOLLVERSAMMLUNG ALLER STUDENTEN AM 150-08

DONNERSTAG, 8.2. IN DER UNIVERSITÄT

nachmittags: Teach-ins zur Demokratisierung der Hochschule

abends : Die Rolle der Studenten in der außerparlamentarischen Opposition

Die Auseinandersetzungen um die Hochschulreform sind aus dem Stadium ungehörter studentischer Vorschläge und massiver Interessenverlautbarung seitens der Wirtschaft und des Staates in den akuten Kampf um eine vernünftige Reform an der Hochschule selbst eingetreten. Vom Staat gesetzlich gezwungen, traten die Professoren die Flucht nach vorn an. In aller Heimlichkeit versuchen sie, der Universität eine Verfassung zu geben, die ihnen auch für die Zukunft ihre alten Privilegien sichert. Zugleich soll mit dieser Satzung die Hochschule der eng bemessenen Finanzierungswilligkeit des Staates und den nach Maßstäben ökonomischer Effektivität genormten Bedürfnissen der Wirtschaft nach fungiblen Spezialisten angepaßt werden. Der Eintritt der Professoren in das Interessenkartell von Wirtschaft und Staat wurde für die Studenten endgültig zum Anlaß, die kabinettpolitischen Mächtschaften der Professoren zu zerschlagen, indem sie mit plebiszitären Forderungen nach verbindlicher Diskussion der mit einer neuen Satzung verbundenen Probleme in demokratischer Öffentlichkeit auftraten. Immer mehr Studenten wurde klar, daß der professorale Satzungsentwurf die studentischen Forderungen nach einer den einfachsten Prinzipien der Demokratie gemäßen Universitätsverfassung ignoriert. Zugleich sehen Studenten wie Nichthabilitierte, die durch die studentische Initiative in letzter Zeit ebenfalls zu Bewußter Interessenvertretung gelangten, in diesem Satzungsentwurf in keiner Weise ihr Interesse an einem sinnvoll organisierten, von ökonomischen und sozialen Sanktionen freien Studienbetrieb berücksichtigt. Nach wie vor sollen Lehrstoff, Prüfungsbedingungen, Verteilung der Institutshaushalte, Einrichtung der Bibliotheken, Berufungen usw ausschließlich im Belieben der Ordinarien stehen. Dem dauernden Aussparen inhaltlicher Angaben zur Studienreform entspricht die "Stärkung der zentralen Organe" (Ged. Erkl.) zur lückenlosen Absicherung ihrer anachronistischen Herrschaft. Das Fortbestehen dieser Herrschaft ist denn auch allein zu garantieren das Ziel der Professorensatzung. Dies demonstriert ein beliebig erweiterbarer Katalog von zentralen Problemen, die in der Satzung überhaupt nicht behandelt sind:

- Eine Präambel über das Selbstverständnis der Universität und der Wissenschaft in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft.
- Die Ablösung der überholten Fakultätsstruktur

(bitte wenden)

- Inhaltliche Forderungen an den Universitätsunterricht (an deren Stelle treten administrative Reglementierungen des Lehrbetriebs durch Zwangsexmatrikulation, Ausschluß vom Studium wegen ungenügender Leistung, Disziplinarrecht)
- Mitbestimmung der Studenten und Nichthabilitierten an ihren Arbeitsplätzen
- Paritätische Beteiligung der Studenten und Nichthabilitierten im gleichen Verhältnis zu den Ordinarien in allen Universitätsgremien
- Abschaffung des Negativkatalogs

Dieser Sachverhalt läßt das Ausweichen der Professoren vor Diskussionen mit Studenten und Nichthabilitierten nur plausibel erscheinen. Der Satzungsentwurf der Professoren kann der Kritik der von den Entscheidungen an der Universität Ausgeschlossenen nicht standhalten. Er ist das Ergebnis der Koalition der Ordinarien mit den an einer Demokratisierung der Universität nicht interessierten staatlichen Behörden und der Wirtschaft. Ein weiterhin von oben gesteuerter Hochschulbetrieb würde den immer massiver werdenden Einflüssen von Wirtschaft und Staat immer mehr überlassen bleiben. Die Disziplinierung der Universität, zu deren Agenten sich die Professoren machen, soll die Integration der Hochschule in das herrschende politische und ökonomische System vollziehen, zu dessen konsequentesten Kritikern gerade die Studenten geworden sind. Die mit der Bestätigung der Ordinarienherrschaft verbundene Abschaffung akademischer Freiheit soll der Opposition, die sich nur noch als außerparlamentarische verstehen kann, die Spitze abbrechen.

Noch ist dieser Prozess aufzuhalten, wenn sich alle Studenten und Nichthabilitierten zum gemeinsamen Kampf um die Demokratisierung der Hochschule vereinigen. Nur durch permanente Aktion gegen professorale Willkür und permanente Diskussion über Form und Inhalt einer demokratisch organisierten Hochschule können wir unsere Forderungen durchsetzen. Die Aktionseinheit von Studenten und Nichthabilitierten verzeichnet schon den ersten Erfolg: das satzungsgebende Konzil ist auf das SS 68 verschoben worden.

Demonstrieren wie unsere Aktionsbereitschaft weiterhin und erklären wir den 8. FEBRUAR zum VORLESUNGSFREIEN TAG, an dem wir in gesamtuniversitärer Öffentlichkeit diskutieren.

STUDENTISCHES AKTIONSKOMITEE

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS